

Protokoll über die 6. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 1. Amtszeit

Ort: Potsdam / MBSJ
Tag: 29.02.2016
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Anwesende:

stimmberechtigte Mitglieder:

Frau Koß, MdL (bis 15:15 Uhr)
Frau Dannenberg, MdL (bis 16:30 Uhr)
Frau Große, MdL (bis 17:15 Uhr)
Frau Augustin, MdL (bis 17:30 Uhr)
Frau von Halem, MdL
Frau Bessin, MdL (ab 14:10 Uhr, bis 17:00 Uhr)
Herr Mones
Herr Thiele
Frau Ebell (bis 16:30 Uhr)
Frau Lohmann-Nentwich
Herr Lautenbach (bis 17:30 Uhr)
Frau Matthesius (bis 17:30 Uhr)
Frau Radig
Herr Decker
Herr Tölke
Herr Kostrewa (ab 14:10 Uhr)
Frau Uhlworm (bis 16:05 Uhr)
Herr Dr. Ossege
Herr Prof. Dr. Früchtel (bis 16:30 Uhr)

stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder:

Herr Hofmann (bis 16:30 Uhr)
Frau Miltz
Frau Kocaj

Frau Beika (bis 17:00 Uhr)

entschuldigt:

Herr Günther

Frau Jordan-Nimsch

Frau Netzel

Herr Scharf

Frau Schlüter

Frau Schwenter

Herr Dr. Müller

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport:

Herr Hilliger

Herr Preuß

Herr Schulz

Herr Liesegang

Herr Hoffmann

Herr Grave

Gäste:

Herr Keil (Geschäftsstelle der Initiative „Starke Familien – Starke – Kinder“ im MASGF)

Herr Kaczinski (Der Paritätische, LV Brandenburg e.V.; 1. Sprecher der Landesarmutskonferenz Brandenburg)

Frau Schubert (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)

Frau Engeln (stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied)

Protokollführung:

Herr Grave

TOP 0: Begrüßung und Informationen

Herr Mones begrüßt die Anwesenden. Folgend informiert Herr Mones die Anwesenden über zwei Änderungen hinsichtlich der Besetzung des LKJA:

- **Städte- und Gemeindebund:** Frau Jesse nimmt ab sofort die Funktion von Herrn Herrmann als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied ein.
- **LIGA der freien Wohlfahrtsverbände:** Herr Scharf nimmt ab sofort die Funktion von Herrn Schneider als stimmberechtigtes Mitglied ein. Daraus folgend übernimmt Herr Bognitz die Funktion als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied.

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

Herr Mones stellt zunächst die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest (20 stimmberechtigte Mitglieder).

Im Anschluss weist Herr Mones auf zwei Rechtsgutachten betreffend die Frage nach der Möglichkeit einer Kommunalisierung der Heimaufsicht im Zuge der anstehenden Funktionalreform, hin. Es wird verabredet, diese Gutachten im Rahmen eines neuen TOP 6 zu thematisieren. Die Tagesordnung wird in der geänderten Form einstimmig beschlossen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 14.12.2015

Das Protokoll wird in der am 01.02.2016 versendeten Form beschlossen (19 Ja-Stimmen/0 Nein-Stimmung/1 Enthaltung).

TOP 3: Berichte aus den Unterausschüssen

3.1 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erz. Kinder- und Jugendschutz

Frau Ebell berichtet, dass der Unterausschuss (UA) am 15.12.2016 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Jugendarbeit mit Geflüchteten: möglicherweise soll eine Handreichung für Fachkräfte verfasst werden

Es werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

3.2 Kindertagesbetreuung

Herr Kostrewa berichtet, dass der Unterausschuss am 29.01.2016 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Verwaltungsvorschriften über die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
- Auslegung des § 15 KitaG
- Leitungspersonal von Kindertagesstätten: diesbezüglich wird eine AG des UA die Frage des Aufgabenprofils bearbeiten
- Terminplanung

Es werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

3.3 Hilfen zur Erziehung

Herr Decker berichtet, dass der Unterausschuss am 05.02.2016 getagt hat.

Folgende Themen wurden besprochen:

- Verwaltungsvorschriften über die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe
- Qualitätsagentur Heimerziehung
- Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (umF)
- Verteilungsverfahren umF (Gast: Frau Behling/MBJS)
- Sichtung der Handlungsempfehlungen des ehemaligen Landesjugendhilfeausschusses (LJHA)

Betreffend den Bericht werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

3.4 Jugendhilfeplanung, Jugendpolitik, Qualifizierung

Herr Thiele berichtet, dass der Unterausschuss am 06.01.2016 in Form einer Sondersitzung getagt hat. Hintergrund war das Verfahren der Benehmensherstellung (siehe Sitzung am 14.12.2015, TOP 5.1) betreffend die *Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (RL-NGK)*. **Die Benehmensherstellung ist nunmehr erfolgt.**

Betreffend den Bericht werden durch die Anwesenden keine Nachfragen formuliert.

TOP 4: Situation Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) – Ergebnisse einer Erhebung

Zunächst präsentiert Herr Liesegang aktuelle Daten bezogen auf die Zuweisung und Verteilung von umF. Aufgrund einer statistischen Auswertung mit den Jugendämtern können dabei auch Aussagen u.a. über Herkunftsländer, Altersstruktur und abgebende Bundesländer getroffen werden. Es wird ausgeführt, dass Brandenburg gemäß einer bundesweiten Quote aktuell 2.104 umF aufzunehmen hat.

Anschließend werden folgende Aspekte bzw. Fragen diskutiert:

- Planungssicherheit für die Kommunen hinsichtlich zukünftiger Zugänge:

Herr Liesegang erläutert, dass die zukünftige Entwicklung aufgrund der aktuellen politischen Lage nur schwer zu prognostizieren sei. Man gehe aber davon aus, dass die zuvor genannte Quotenauslastung erreicht wird. In diesem Zusammenhang soll auch eine Gleichbelastung der Landkreise und kreisfreien Städte erfolgen. Zugänge aus Berlin sind geplant, absolute Zahlen könne man derzeit jedoch nicht belastbar nennen. Herr Hilliger ergänzt, dass sich das MBJS der schwierigen Lage der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wegen der Unplanbarkeit bewusst sei.

- Aktuelle Einschätzung der Qualität der Unterbringung:
Herr Hilliger erklärt, dass die Versorgungsstrukturen in Brandenburg gut entwickelt haben. Bestehende Versorgungseinrichtungen sollen nunmehr verstärkt in Clearing-/Regelangebote umgewandelt werden. Es soll verstärkt darauf hingewirkt werden, die individuelle Perspektive der umF und den pädagogischen Auftrag zusammen zu führen. Dieser Aspekt ist mittlerweile auch Bestandteil vieler Fachdiskussionen.
- Auftrag aus dem Entschließungsantrag des Landtages zur Entwicklung von Standards:
Herr Hilliger verweist in diesem Zusammenhang auf die in regelmäßigen Abständen aktualisierte und erweiterte Handreichung des MBSJ. Zu dem Thema Clearing wird es auch Aussagen in den Verwaltungsvorschriften der Einrichtungsaufsicht geben.
- Gemeinsame Unterbringung von Jugendlichen der gleichen Nationalität:
Herr Hilliger erklärt, dass es zu dieser Frage unterschiedliche Auffassungen gibt. So stuft bspw. ALREJU eine gemeinsame Unterbringung als nicht integrationsfördernd ein. Bevor es diesbezüglich zu einer einheitlichen Handlungsweise kommen kann, müssen zunächst Erfahrungen gesammelt und der Fachaustausch gefördert werden.
- Weitere Themen:
Anzahl der Flüchtlinge im Kita-Alter, Belastungen der Kindertageseinrichtungen, Begleitete Minderjährige, Fluchtverbände, verheiratete Minderjährige

Abschließend berichtet Herr Kaczynski, Sprecher der Landesarmutskonferenz Brandenburg, von einem Schreiben der LIGA an Jugendminister Baaske. Darin werden zu klärende Fragen und zentrale Themen zur Situation der umF genannt und eine inhaltliche Priorisierung gefordert. Der LKJA wird als ein wichtiges Forum für einen fachlichen Austausch beschrieben. Um dem gesetzlichen Auftrag des LKJA als Beratungsgremium der Landesregierung bzw. der obersten Landesjugendbehörde zu entsprechen, bedürfe es daher zusätzlicher Ressourcen für die Geschäftsstelle.

Herr Hilliger bittet die Anwesenden diesbezüglich um eine Einschätzung des Bedarfs. Es wird darüber hinaus verabredet, das genannte Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses zu übermitteln.

TOP 5: Kinder- und Jugendarmut

Zunächst präsentieren Herr Kaczynski und Herr Keil (Geschäftsstelle der Initiative „Starke Familien – Starke – Kinder“ im MASGF) die aktuellen Arbeitsstände bezogen auf die

Gremien „Landesarbeitskonferenz“ und „Runder Tisch Kinderarmut“. Es wird verabredet, die beiden Präsentationen als Anlage dem Protokoll hinzuzufügen.

Anschließend werden u.a. folgende Fragen diskutiert:

- Reichweite des Handlungsspielraums:
Herr Keil erläutert, dass der „Runde Tisch Kinderarmut“ „ein offenes Gremium ohne Denkverbote“ darstellt. Ob man in der Lage sei, so wie von einigen Mitgliedern des LKJA angeregt, bundesweite Ansätze zu formulieren bzw. inwieweit thematische Ansätze an den Bund transferiert werden können, bleibt abzuwarten.
- Selbstverständnis der Gremien:
Herr Keil und Herr Kaczynski erklären, dass es in erster Linie darum gehe, bereits vorhandene Ansätze und Antworten (z.B. Arbeitsunterlagen aus FFO) zu sammeln und diese im Land zu verbreiten. Probleme entstehen aufgrund des Wegfalls von Fördermöglichkeiten (auch auf Bundesebene), dem Fehlen niedrigschwelliger Angebote oder fehlender Kenntnisse der einzelnen Akteure untereinander.
- Mitwirkung des LKJA am „Runden Tisch Kinderarmut“:
Es wird verabredet, dass der LKJA in den elektronischen Verteiler der Geschäftsstelle im MASGF aufgenommen wird. Die Frage einer konkreten Mitwirkung soll im Einzelfall entschieden werden. Alternativ ist auch die thematische Rückkopplung durch bereits am „Runden Tisch“ engagierte Mitglieder des LKJA denkbar.

Abschließend erklärt Herr Mones, dass sich der Ausschuss mit der Thematik Kinder- und Jugendarbeit stärker auseinandersetzen wird, u.a. im Rahmen der Klausurtagung.

TOP 6 (Neu): Gutachten Funktionalreform

Herr Mones gibt zunächst einen kurzen Überblick über die beiden Rechtsgutachten und stellt folgend stichpunktartig die Unterschiede dar. Er informiert die Anwesenden, dass es zu dieser Thematik am 03.03.2016 eine Anhörung im Ausschuss für Inneres und Kommunales des Landtages geben wird.

Herr Hilliger ergänzt die vorgenannten Ausführungen. Zunächst ging es speziell um die Frage der Prüfung der Rechtssicherheit im Zuge einer möglichen Kommunalisierung der Aufsichts- und Beratungsaufgaben. Die beiden Gutachten widersprachen sich diesbezüglich.

Im Folgenden diskutieren die Anwesenden die Idee einer Kommunalisierung der Einrichtungsaufsicht. Dabei werden zwei gegensätzliche Positionen vertreten. Während sich die kommunalen Spitzenverbände für eine strukturelle Abschichtung der Aufsichts- und Beratungsaufgaben auf die kommunale Ebene aussprechen (möglicherweise auch als höherer Kommunalverband), führen die Wohlfahrtsverbände sowie einige Abgeordnete des Landtages diesbezüglich starke fachliche Bedenken an. Herr Mones schlägt eine gemeinsame Positionsbestimmung für den Ausschuss vor. Dies wird durch die Anwesenden aufgrund der bipolaren Positionen als nicht möglich erachtet.

Herr Hilliger erläutert, dass unterschiedliche Rechtsauffassungen gleichbedeutend mit dem Nichtbestehen einer Rechtssicherheit sind.

Der Vorschlag, zu dem vorgenannten Thema eine Sondersitzung einzuberufen, wird durch die Anwesenden verworfen.

TOP 7: Benehmensherstellung gemäß § 12 Abs. 3 AG KJHG

TOP 7.1: Verwaltungsvorschriften über die öffentliche Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

Die Verwaltungsvorschriften wurden in allen UA thematisiert. Durch die Anwesenden entstehen keine Nachfragen.

Das Benehmen wird einstimmig hergestellt.

TOP 8: Verfahren gemäß § 12 Abs. 3 und 4 sowie § 16 AG KJHG

Herr Mones informiert die Anwesenden über ein Abstimmungsgespräch vom 26.01.2016 zwischen dem Vorstand des LKJA und dem MBSJ. Beide Gesprächspartner konnten sich über zukünftige Verfahrensweise betreffend die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe gem. § 75 SGB VIII sowie die Benehmensherstellung mit dem LKJA verständigen.

Die Anwesenden haben keine Nachfragen.

TOP 9: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

Herr Hilliger berichtet zu folgenden Themen:

- Bundesgesetzliche Änderung der §§ 45 ff. SGB VIII: dazu Umlaufbeschluss der JFMK vom 23.02.2016. Es wird verabredet, diesen Beschluss dem Sitzungsprotokoll als Anlage hinzuzufügen.
- Es wird zugesagt, den Ausschuss betreffend möglicher weiterer Änderungen des SGB VIII (u.a. „Große Lösung) zu informieren.

TOP 10: Verschiedenes

Herr Mones informiert die Anwesenden über die Planung einer ganztägigen Klausurtagung, u.a. zu Themen wie Kinder- und Jugendarmut sowie mögliche Änderungen der Geschäftsordnung. Als möglicher Termin wird der 04.07.2016 genannt. Eine konkrete Arbeitsplanung wird den Anwesenden zusammen mit der Einladung übermittelt. Im Vorfeld wird darüber hinaus noch ein Save-the-date versendet.

Herr Mones schließt die Sitzung um 17:45 Uhr.

gez. Bernd Mones

Vorsitzender des LKJA

gez. David Grave

Protokollführer/-in

Anlagen:

1. Präsentation „Situation Unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (UMA)“
2. Schreiben der LIGA an Herrn Jugendminister Baaske – Koordinierungsstelle „Unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge“
3. Präsentation „Kinderarmut in Brandenburg/Runder Tisch“
4. Umlaufbeschluss JFMK
5. Anlage zum Umlaufbeschluss